

**Klaus Regling, Managing Director des ESM**  
**„Die nächsten Schritte hin zu einer robusteren Währungsunion“**  
München, 16. Februar 2017

(Es gilt das gesprochene Wort)

Meine Damen und Herren,

Es ist gut, über die Herausforderungen zu sprechen, vor denen Europa steht. Doch wir sollten aufpassen, dass wir nicht den Eindruck erwecken, Europa sei eine Dauerbaustelle. Das Gegenteil ist der Fall: Die Euro-Krise liegt hinter uns. Wir sind heute deutlich stärker aufgestellt, als wir es vor der Krise waren.

Ich halte es für wichtig, das öffentlich so zu betonen. Denn viele Menschen bezweifeln, dass wir die Krise gemeistert haben. Die Krisen haben das Vertrauen vieler Bürger in Banken und Politiker beschädigt, und das ist nachvollziehbar. Das ist ein Teil des Erosionsprozesses des Vertrauens in die Eliten, den man heute in fast allen westlichen Demokratien spürt. Und da wir alle auf diesem Panel Teil des Establishments sind, sollten wir uns fragen: Was hätten wir selbst besser machen sollen?

Die Finanzmärkte sehen heute die Europaskepsis als eines der größten aktuellen Risiken, auch wegen der anstehenden Wahlen in den Niederlanden, Frankreich und Deutschland. Populistische Bewegungen sind überall auf der Welt entstanden, vor allem aber in westlichen Demokratien. Und ich denke schon, dass wir mehr hätten tun können, um das zu verhindern.

Erstens: Die Ungleichheit bei den Einkommen ist in den letzten 25 Jahren größer geworden, als es der Gesellschaft guttut. Die Gier an der Spitze unserer Gesellschaft ist ein wichtiger Teil der Erklärung für den Erfolg von Populismus. Die Verhältnisse sind hier in Europa zwar deutlich besser als etwa in den USA. Aber der Abstand wird in Europa auch größer. Und wir könnten mehr tun, um denjenigen Menschen beiseite zu stehen, die man bei uns Modernisierungsverlierer nennt.

Zweitens: Ich habe schon gesagt, dass wir vielleicht nicht immer gut genug darin waren, den Menschen zu erklären, wie gut Europa die Krise gemeistert hat. Der Euro steht heute auf einer solideren Basis als vor der Krise und die Euro-Volkswirtschaft ist heute robuster. Die Tatsache, dass das vielen Menschen nicht bewusst ist, birgt Risiken. Es bedeutet, dass viele Menschen denken, Geld sei verschwendet worden, ohne die Lage zu verbessern. Es könnte auch bedeuten, dass viele Leute Europa nicht zutrauen, die nächsten großen Herausforderungen zu bewältigen wie etwa Einwanderung, Sicherheitsfragen, globaler Wettbewerb oder Klimawandel.

Ich möchte deshalb auf dieses Kommunikationsproblem eingehen und von meinem zuversichtlichen Blick auf Europa sprechen. Nach der Krise haben die Euro-Staaten, die den Marktzugang verloren hatten und Hilfskredite vom ESM brauchten, weitgehend ihre Hausaufgaben gemacht, um ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen und Budgetdefizite zu reduzieren. Sogenannte makroökonomische Ungleichgewichte sind zum größten Teil verschwunden.

Die EU hat Dinge geleistet, die noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen wären: Europa hat neue Institutionen geschaffen, die zu tragenden Pfeilern der Bankenunion wurden: den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus SSM und den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus SRF.

Hinzu kommt der ESM, den ich manage. Der ESM ist ein Darlehensgeber der letzten Instanz für Staaten. Diese Funktion gab es bis 2010 in der Währungsunion nicht. Wir haben € 265 Milliarden Euro an Rettungsdarlehen an fünf Programmländer vergeben, Darlehen wohlgerneht, die immer an strenge Reformauflagen gekoppelt sind. Dank entschlossener Reformumsetzung haben vier der fünf Länder ihre Programme erfolgreich abgeschlossen, die Krisen hinter sich gelassen und das Investorenvertrauen zurückgewonnen. Zwei davon, Spanien und Irland, haben heute die höchsten Wachstumsraten in Europa.

Griechenland ist ein Sonderfall. Nirgendwo sonst war das Ausmaß der Probleme so groß und die Schwäche der nationalen Verwaltung so schwach wie dort. Doch auch Griechenland kann die Wende schaffen und das Vertrauen der Märkte zurückgewinnen, wenn das Land die vereinbarten Reformen entschieden umsetzt.

Als Reaktion auf die Eurokrise hat Europa auch Fortschritte gemacht bei der besseren Abstimmung seiner Wirtschaftspolitik und beim Aufbau einer funktionierenden Institutionenarchitektur. Die Wirtschaft reagiert entsprechend und expandiert schon seit drei Jahren stärker als das Potenzialwachstum und im letzten Jahr sogar etwas stärker als die USA.

Bedarf die Währungsunion weiterer Umbauten, um wirklich nachhaltig zu werden? Ja, aber nur geringfügig verglichen mit dem, was bereits geschaffen wurde. Wichtig wäre es nach meiner Überzeugung, eine europäische Einlagensicherung zu schaffen, um die Bankenunion zu vervollständigen. Politisch akzeptabel wird das allerdings nur sein, wenn vorher die Altlasten im Bankenbereich beseitigt wurden, die derzeit noch in einigen Bilanzen schlummern. Auch eine begrenzte europäische Fiskalkapazität wäre sinnvoll, um ein noch solideres Fundament unter die Währungsunion zu ziehen. Ich weiß, dass dieser Vorschlag in Deutschland oft zu reflexhaften Abwehrreaktionen führt. Ich will deshalb betonen, dass eine begrenzte Fiskalkapazität möglich ist, ohne die Schulden der Euro-Mitgliedsstaaten zu vergemeinschaften und ohne zusätzliche permanente Transfers einzuführen.

Darüber hinaus ist es für das gute Funktionieren der Währungsunion wichtig, dass die Euro-Staaten mit den Strukturreformen weitermachen, einige mehr als andere. Banken müssen hart daran arbeiten, wieder profitabel zu werden. Das würde Finanzintegration in der Währungsunion fördern und zu größerer Risikoteilung im Euroraum führen. Auch die Agenda der Kapitalmarktunion sollte entschlossen weiter verfolgt werden.

Insgesamt ist meine Prioritätenliste relativ bescheiden verglichen mit dem, was wir in den Jahren nach 2010 machen mussten, als die Währungsunion ums Überleben kämpfte. Ich bin dezidiert nicht der Meinung, dass wir eine volle Fiskalunion brauchen, damit die Währungsunion gut funktioniert, und schon gar keine volle politische Union.

Ich halte es für bezeichnend, dass sich die Menschen in Europa heute nicht mehr allzu viele Sorgen über die Wirtschaft machen. Nach aktuellen Umfragen stehen die Themen Einwanderung und Sicherheit an der Spitze. Beides sind Paradebeispiele für Themen, die nur grenzübergreifend gelöst

werden können. Populisten lügen, wenn sie vorgeben, die Herausforderungen bei Einwanderung und Sicherheit könnten mit nationaler Abschottung gemeistert werden. Erfolgversprechend ist hier einzig Zusammenarbeit zwischen Staaten und die Europäische Union liefert den perfekten Rahmen dafür. Unsere Erfolge im Bekämpfen der Eurokrise sind dafür der beste Beweis.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf unsere Diskussion.